

Poppe zu Gast in der St.-Christopherus-Kinderkrippe Neuenkirchen

SPD-Landtagsabgeordneter informiert sich über Kinderbetreuung

Im Anschluss an ein Gespräch mit Samtgemeindebürgermeister Martin Brinkmann und anderen Vertretern der Politik in der Samtgemeinde Neuenkirchen hatte der Quakenbrücker SPD-Landtagsabgeordnete Claus Peter Poppe noch die Möglichkeit, sich in der St.-Christopherus-Kinderkrippe zu informieren. Zusammen mit der Krippenleiterin Frau Ulrike Bolles und dem Neuenkirchener Ratsherrn Daniel Schweer konnte sich Poppe über die Einrichtung und deren Arbeit informieren.

Die Krippe habe zurzeit eine Kapazität von 30 Plätzen, von denen im nächsten Jahr wohl der Großteil vergeben sein werde, so Bolles. In den zwei Gruppen „Mäusenest“ und Froschgruppe werden die Kinder im Alter von 1 - 3 Jahren von einem Erfahrenen und engagierten pädagogischen Team von 07:30 Uhr bis 12:30 Uhr betreut und umsorgt.



Generationengerechtigkeit als Kernthema

SPD-Landtagsabgeordneter Claus Peter Poppe zu Gast in Neuenkirchen

Wie ist ein gutes Zusammenleben verschiedener Generationen unter den Bedingungen des demographischen Wandels in einer kleinen Kommune im ländlichen Raum für die Zukunft zu sichern? Unter dieser Fragestellung lassen sich die verschiedenen Themen zusammenfassen, die der SPD-Landtagsabgeordnete Claus Peter Poppe mit Bürgermeister Martin Brinkmann sowie Bernhard Egbert, Ulrike Rückforth und Daniel Schweer als weiteren Vertretern der Samtgemeinde Neuenkirchen erörterte.

Von der frühkindlichen Erziehung in Krippen und Tagesstätten bis zur Oberschule reichte das Spektrum im Bildungsbereich. Alle Mitgliedsgemeinden wiesen inzwischen ein Krippenangebot auf, betonte Brinkmann, in Neuenkirchen sogar mit zwei Gruppen, ein Tagesbetreuungsangebot komme hinzu. In dieser Entwicklung zeige sich ein deutlicher Einstellungswandel im Lauf der letzten Jahrzehnte. Poppe bestätigte dies aus landesweiten Erfahrungen und ergänzte, dass bestehende Angebote in der Regel schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen. 35% sei eine gegriffene Zielzahl, die bald nach oben zu korrigieren sei. Und beim weiteren Ausbau brauchen die Kommunen weitere Unterstützung von Bund und Land, darin waren sich die

Gesprächspartner einig. Während die Grundschulen in den Gemeinden als stabil einzuschätzen seien, liege die Oberschule bisher unterhalb der angestrebten Zielzahlen, räumte Brinkmann ein. Zwar sei ein Umdenken der Eltern angesichts langer Traditionen schwer zu erreichen, dennoch sei es zum langfristigen Erhalt der Schule notwendig. Für Poppe liegt der Schlüssel zur Akzeptanz in der positiven Einschätzung, dass alle Abschlüsse des Sekundarbereichs in dieser Schulform wohnortnah und mit gleicher Qualität wie irgendwo sonst erreicht werden können. Beispielhafte Generationen übergreifende Projekte wie das Modellprojekt „Wohnen mit

Zukunft“, an dem Samtgemeinde und Landkreis beteiligt sind, wurden von allen Teilnehmern als zukunftsweisend gelobt. Eine Herausforderung für kleine Kommunen überall im Land stelle zudem die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs dar. Die sei nur im Verbund zu bewältigen. Aber schon eine Direktanbindung von Volllage nach Neuenkirchen könne ein sinnvoller erster Schritt sein, betonte Bürgermeister Egbert, der zudem die Notwendigkeit des Radwegebaus von Höckel nach Fürstenau ansprach.

Poppe betonte zum Schluss seine Zusage, konstruktiv im Gespräch zu bleiben und die behandelten Vorhaben, wo immer möglich, voranzutreiben.



SPD-Fragenkatalog zur Krippenfinanzierung wurde beantwortet - Lösung lässt weiter auf sich warten

Zur Sitzung des Neuenkirchener Samtgemeinderates hatte die SPD-Fraktion einen 20 Fragen umfassenden Fragenkatalog an den Ratsvorsitzenden Gregor Schröder geschickt. „Uns geht es um die Aufklärung der Vorgänge“, begründete die SPD-Fraktionsvorsitzende Bärbel Schürmann diesen Schritt. Nachdem

zur Beantwortung der Fragen mehrmals um Aufschub gebeten wurde, fand Ende Juni eine außerordentliche nichtöffentliche Samtgemeinderatssitzung zu der Thematik statt, auf der die Fragen dann beantwortet wurden.

„Unsere Fragen wurden weitestgehend beantwortet, so dass wir nun eine guten Überblick über die Vorgänge haben“ so Schürmann. Für die SPD-Fraktion sei nach der Samtgemeinderatssitzung klar gewesen, dass der Fehler, der zur Ablehnung des Förderantrags zur Krippenfinanzierung führte, einzig und alleine in der Verwaltung passiert sei. „Hier sehen wir auch ganz klar den Samtgemeindebürgermeister Martin Brinkmann als Verwaltungschef in der Mitverantwortung“ fügte der Neuenkirchener SPD-Ratsherr Daniel Schweer hinzu. Scharf kritisierte der Merzener Reinhard Hellmann den Um-

gang der CDU mit dieser Situation. „Gehe es nach der Union, wüsste die Öffentlichkeit bis heute nichts von diesen Umständen.“ In gutsherrenartiger Überheblichkeit hätten CDU-Ratsvertreter immer wieder die Äußerungen der SPD in der Öffentlichkeit kritisiert. „Wir halten es jedoch für unsere demokratische Pflicht, die Öffentlichkeit über die Vorgänge zu informieren“ so Hellmann weiter. Bedeutsam und sehr aussagekräftig sei seines Erachtens nach auch die Feststellung, dass seitens der gesamten CDU-Fraktion bis zum heutigen Tage nicht eine einzige Frage zu dem Geschehen gestellt worden sei, weder zum Ablauf des gesamten Vorfalles und schon gar nicht zu den Verantwortlichkeiten der handelnden Personen. Fragen seien laut Hellmann in dieser Gruppe anscheinend der-

Fortsetzung auf Seite 4

Landtagswahl
am
20. Januar 2013

Wählen
gehen!

IHR
KANDIDAT:

CLAUS PETER POPPE



Unterwegs für den Wechsel!

Dieses Motto hat der Landtagsabgeordnete Claus Peter Poppe im Sommer und Herbst wörtlich genommen. Sämtliche Städte, Gemeinden und Samtgemeinden des Wahlkreises hat er besucht, fast alle mit dem Fahrrad, um auch abseits der Hauptstraßen, in Feld und Flur, die Besonderheiten der heimischen Landschaft aufzunehmen und zu „er-fahren“. Unzählige Gespräche hat er bei diesen Anlässen geführt, sämtliche Anliegen, die Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennen, vorgestellt bekommen. Im Vordergrund standen immer wieder die Themen Kindererziehung und Betreuung und Bildungschancen von Jugendlichen. Aber auch Umweltfra-

gen, die Strukturveränderung in der Landwirtschaft, Straßen- und Radwegebau und viele örtliche Einzelthemen wurden mit den Bürgermeistern und Vereins- und Verbandsvertreterinnen und -vertretern erörtert.

Dort, wo keine direkte Auskunft möglich ist, werden stets Kontakte zu den zuständigen Stellen hergestellt. „So sehe ich meine Aufgabe“, sagt der Abgeordnete, „immer nah bei den Leuten zu sein.“



Eltern wollen gute Schulen

Auf diese einfache Formel lassen sich nach Überzeugung von Claus Peter Poppe die größte

Zahl der Forderungen zum Thema Schule bringen. Darum will er dazu beitragen, nicht

über Strukturen zu diskutieren, sondern über Schulqualität und damit über Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Dazu gehören schon vor der Schulzeit mehr Krippenplätze. Dazu gehört ein verbessertes Ganztagsangebot, ein Ende der Benachteiligung von Gesamtschulen und dazu gehören kleinere Klassen.

„Es wird keine Schulform abgeschafft, die SPD setzt auf gute Entscheidungen vor Ort!“, betonte der Abgeordnete, der seit 2008 auch Vorsitzender des Kultusausschusses ist. Er weiß sich darin einig mit dem SPD-Spitzenkandidaten Stephan Weil, der genau diese Linie mehrfach vertreten hat.



Spiering zum
Bundestags-
kandidaten der SPD
für den Landkreis
gewählt

Die Landkreis SPD hat die ersten Schritte für die Bundestagswahl im September 2013 gemacht. Einziger Kandidat für den Bundestagswahlkreis 38 – Osnabrück Land – war der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Rainer Spiering.

Nach seiner persönlichen Vorstellung übte Rainer Spiering scharfe Kritik an der Regierung Merkel. Er verglich die Energiewende der Regierungskoalition mit einem Kinderkreisel. Sie sei mit großem Getöse gestartet, wurde mit Lichterglanz und großer Aufmerksamkeit in Schwung gebracht, sei allerdings ohne erkennbare Richtung geblieben



und viele nun langsam nach großem Energieverlust um. Politik sei kein Kinderspiel, fasste Spiering zusammen, sie müsse Richtung und Ziel haben, Handlungsfähigkeit zeigen und allen Menschen dienen. Dabei seien die Ziele, die er im Falle seiner Wahl für den Landkreis umsetzen wolle, vielschichtig. Spiering nannte neben der selbstständigen und sicheren Energieversorgung die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Chancengleichheit in der Bildungsfrage und den Kampf gegen die unselige und unwürdige Altersarmut. „Ich begrüße den Vorschlag, Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten der SPD zu machen, ausdrücklich“, betonte Spiering. „Er und die SPD stehen für den Mut, Dinge zu ändern, die man ändern kann“.

Spiering: Diskussion um Prämienzahlungen völlig überzogen

Wer die Beiträge in den letzten Wochen über die unrechtmäßigen Zahlungen von Beamtenprämien verfolgt hat, dem sei Verwunderung nicht vorzuwerfen. Große Schlagzeilen und Passbilder von Personen auf Titelseiten, die wie Fahndungsfotos anmuten, lassen eher darauf schließen, dass überhöhte Prämien gezahlt wurden oder sich jemand selbst bereichert hätte. Alles falsch. Es handelt sich vielmehr um eine Meinungsverschiedenheit über eine Rechtsanwendung als um ein Strafdelikt, so die Einschätzung von Rainer Spiering, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag. Nach

Meinung des Kommunalrechtlers Jörn Ipsen sei die Regelung in der Stadt Osnabrück sogar zulässig. Ganz konkret geht es um die Auslegung der Niedersächsischen Leistungsprämien- und Zulagenverordnung, letztmalig geändert im November 2008 durch das Niedersächsische Innenministerium. Mit ihr sollte erreicht werden, Beamtinnen und Beamten ähnlich wie Tarifbeschäftigten, also Angestellten im öffentlichen Dienst, Leistungsprä-



mien zu gewähren. Nach dieser Vorschrift dürfen allenfalls 15 Prozent der Kommunalbeamten für besondere Leistungen mit einer Zulage bedacht werden. Und darin liegt nun die Krux. Insgesamt 3 Kreise und 40 Kommunen in Niedersachsen haben sich eben nicht genau an diese 15 Prozent gehalten, sondern nach den jeweiligen Zielvereinbarungen Prämien an ihre Beschäftigten ausgezahlt. Unterm Strich sind die Gesamtprämien allerdings nicht höher ausgefallen als die größtmögliche Belohnungs-

summe für die 15 Prozent der Beamten. Also worum geht es hier eigentlich? Gegen den Verdacht der Untreue wird nun ermittelt. Spiering sieht den Schwerpunkt der Diskussion rund um die Prämienzahlungen vielmehr in der Gleichbehandlung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten, zumal letztgenannte ohnehin seit Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld Abzüge hinnehmen mussten. Eine Änderung des Besoldungsrechts ist längst überfällig, wobei auf die zahlenmäßige Vorgabe zur Vergabe von Leistungsprämien einfach verzichtet werden sollte, schlägt Spiering vor.

Eggeling unterstreicht große Bedeutung des Elternwillens

In seiner Rede zum Tagesordnungspunkt 10 der vergangenen Kreistagsitzung hob der Vorsitzende des Bildungsausschusses von der SPD/UWG-Gruppe, Volker Theo Eggeling, die Notwendigkeit einer Elternbefragung für die geplante Schulentwicklungsplanung hervor. Genauso wichtig sei eine intensive Vorbereitung und die Unterstützung eines externen Instituts, um zu einem zukunftsfähigen Ergebnis in der Schullandschaft im Landkreis Osnabrück zu gelangen, so Eggeling. Die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dazu wurden mehrheitlich abgelehnt. „Die Gründe sind zwingend“, erläutert Eggeling. „Wer einen Änderungsantrag vorlegt – die Betonung liegt auf Änderung – muss auch tatsächlich Änderungen vorschlagen. Nicht nur sprachliche Änderungen, sondern Änderungen

in der Sache. Alles andere ist Wortgeklümper für die Galerie“. Die große Zustimmung für den Verwaltungsvorschlag in diesem Zusammenhang wertete Eggeling als Sternstunde dieses Kreistages, weil es gelungen ist, in der Schulstrukturfrage, die bekanntlich seit Jahrzehnten von tiefen Grabenkämpfen

geprägt war, zu einer gemeinsamen Linie zu kommen. Zum Ende seiner Rede appellierte der Bildungsexperte nochmals an die Grünen, nicht den großen Konsens in der Schlüsselfrage der Zukunft für den Landkreis durch substanzlose Schaufensteranträge in der Öffentlichkeit zu zerreden.

Rainer Spiering: Wir stehen zum FMO

Der Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) ist in den vergangenen Jahren Teil unserer individuellen Beweglichkeit geworden. Mit kurzen Anfahrtswegen können sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises Osnabrück die Metropolen Europas, ja sogar der Welt, erschließen. Die OLT (Ostfriesi-

Mehr Infos unter www.lkos-spdfraktion.de und jetzt auch auf facebook und twitter.

SPD -UWG Gruppe im KREISTAG des Landkreises OSNABRÜCK

jetzt den Wettbewerbsnachteil durch eine Kapitalerhöhung ausgleichen. „Für unseren Landkreis vergleichsweise einfach“ erläutert Rainer Spiering, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag, „denn er ist nur zu fünf Prozent beteiligt. Wir glauben, es ist der richtige und notwendige Schritt. Es geht nicht um Geld für eine Startbahnlängenerung, sondern um Erhalt und Stärkung unserer regionalen Infrastruktur. Daran wollen wir uns gerne beteiligen.“



sche Lufttransport) GmbH ist ein zusätzlicher attraktiver Anbieter vor Ort. Am 24. September entschied sich der Kreistag für eine Kapitalaufstockung für den Regionalflughafen. Der Flughafenbetreiber musste sich in den letzten Jahren starker Konkurrenz erwehren, trotzdem ist er wirtschaftlich gut zurechtgekommen. Anders als vergleichbare Flughäfen wie Dortmund oder Paderborn musste der FMO jedoch seine Investitionen immer aus dem laufenden Geschäft begleichen. Die Zinslast der Investitionen ist hoch geworden. Die große kommunale Gemeinschaft der Städte Münster, Osnabrück und der Landkreise Steinfurt und Osnabrück wollen



Fortsetzung von Seite 1

art verpönt, dass man sich lieber achselzuckend hinstelle und erkläre, dass halt Fehler passieren können und im Gegenzug man die Fragesteller lieber als unanständig beschimpfe. „So will man ganz offensichtlich davon ablenken, dass durch offenes und grobes Fehlverhalten in der Verwaltung hier ein Fördervolumen von 394.000 Euro gegen die Wand gefahren wurde. Bis heute existiert noch nicht einmal eine Vorstellung geschweige denn ein Plan dafür, wie denn der Fördergeldausfall kompensiert werden soll. Es kann und darf nicht so sein, dass hier die Bürger unserer

Gemeinden mit ihren Steuergeldern für die Unfähigkeit und das Versagen der Verantwortlichen gerade stehen müssen.“ fügte Hellmann hinzu.

Neben der Verantwortung der Verwaltung wurde jedoch auch klar, dass die Verwaltungsspitze schon weit vor der Kommunalwahl im September 2011, nämlich bereits Ende Juli 2011, von der drohenden Ablehnung des Bescheides Kenntnis hatte. Die zuständigen Gremien, insbesondere die Mitglieder der vier Räte in der Samtgemeinde Neuenkirchen, wurden erst am 21. September, also zehn Tage nach der Kommunalwahl, informiert.



„Man kann das ganze Vorgehen hier durchaus als eine Art von Wählertäuschung bewerten. Da wurde von Samtgemeindebürgermeister Martin Brinkmann mit Erfolg die Machterhaltung der CDU in den Räten der Samtgemeinde Neuenkirchen betrieben“ bekräftigte Daniel Schweer seine Vorwürfe.

Man habe nun zwar Antworten auf die Fragen erhalten, eine Lösung und ein Abschluss des Verfahrens ließe jedoch weiterhin auf sich warten, so das vorläufige Fazit von Bärbel Schürmann.

Für Rückfragen steht auch Bärbel Schürmann unter 05465/1620 zur Verfügung

CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Neuenkirchen lehnt SPD-Antrag „Antrag Betreuungsgeld nein danke – Geld für unsere Kitas“ ab

Veröffentlichung von Einladungen und Protokollen bei der Union ebenso unerwünscht

In der letzten Sitzung des Gemeinderates Neuenkirchen hatte die SPD-Fraktion/Gruppe mit Marion Pinke, B'90/Die Grünen in einem Antrag gefordert, dass sich der Rat klar gegen das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld ausspreche.

Der Bundestag hat einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 01.08.2013 eingeführt. Das Land Niedersachsen hatte die Kommunen daraufhin verpflichtet, den Rechtsanspruch zu erfüllen. „Die Gemeinde Neuenkirchen hat über 500.000 Euro in den Bau der neuen Kinderkrippe investiert. Der Landeszuschuss in Höhe von ca. 200.000 Euro ist nicht gesichert und von Totalausfall bedroht. Die zusätzlichen zwei Krippengruppen erhöhen den Gemeinde-

zuschuss für die Kita-Angebote auf jährlich 155.000 Euro“ so der SPD-Fraktionsvorsitzende Daniel Schweer. „Das Geld, welches die Bundesregierung für das Betreuungsgeld ausgeben will, wäre in unserer Kita besser aufgehoben“.

„Gemäß dem Konnexitätsprinzip habe die Gemeinde einen Anspruch auf eine volle Kostenerstattung für die neu übertragene Pflichtaufgabe ‚Krippe‘ hieß es weiter in dem Antrag. Sofern Bund und Land die verfügbaren Finanzmittel den Kommunen vorenthalten und stattdessen ein Betreuungsgeld finanzieren, müsse die Gemeinde konsequent den Rechtsweg beschreiten“, so der weitere Wortlaut. Die ablehnende Haltung gegenüber diesem Antrag wurde

mit der Aussage, man sei nicht zuständig, begründet. Dies sei nicht der richtige Weg, konnte man in der Sitzung von der CDU vernehmen. „Man hat krampfhaft versucht, den Antrag abzulehnen, ohne das Gesicht zu verlieren, am besten geht das mit der Begründung, man sei nicht zuständig – so muss man sich nicht inhaltlich auseinandersetzen“ so das Fazit von Schweer.

Ebenso auf Ablehnung in Reihen der CDU-Fraktion traf der Antrag der SPD-Fraktion/ Gruppe mit Marion Pinke, B'90/ Die Grünen, die Einladungen und Protokolle zu öffentlichen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse im Internet zu veröffentlichen. Die kommunalpolitischen Entscheidungen, welche in den politischen Gremien in der Gemeinde

Neuenkirchen getroffen werden, seien ohne Frage wichtig für sämtliche Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde. Natürlich berichte die lokale Presse über die meisten Beschlüsse, aber eben nicht alle fänden sich im Lokalteil des Bersenbrücker Kreisblattes wieder, so die Begründung des Antrags.

„Auch die Einsicht in die Protokolle könnte zur stärkeren politischen Meinungsbildung bezüglich der kommunalpolitischen Vorgänge führen. So wäre jeder dazu befähigt, zu sehen, wer genau was gesagt hat“ so Schweer zum Antrag. „Dass die Union von zu viel Öffentlichkeit nichts hält, hat sich mit der ablehnenden Haltung mal wieder bewiesen“ so das Fazit des SPD-Fraktionsvorsitzenden.

SPD Neuenkirchen-Merzen-Voltlage fordert: „Mehr kommunale Mitsprache beim Bau von Mastställen“



Der Bau von Intensivtierhaltungsanlagen bewegt auch in unserer Region die Gemüter. Allen ökonomischen Vorteilen zum Trotz stellen diese Tierhaltungsanlagen für die Bevölkerung eine Belastung dar: Gerüche, Feinstaub und überlastete Straßen betreffen die Allgemeinheit. „Den Bürgern stinkt's“, sagt Daniel Schweer, Vorsitzender der SPD Neuenkirchen-Merzen-Voltlage.

Das derzeitige Genehmigungsverfahren für Stallbauten sieht wenig kommunale Einbindung vor. Die Landkreise sind rechtliche Genehmigungsbehörde. Deren Bauaufsichten prüfen die Vorhaben auf gesetzliche Zulässigkeit und holen Gutachten

und Stellungnahmen ein. Stellung nehmen dürfen auch die Gemeinden – ihre Voten sind jedoch nicht bindend. „Viele Gemeinden frustriert diese Rechtslage. Sie haben keine andere Chance, als Anträge der Bauaufsicht abzunicken. Eine ehrliche Beteiligung sieht anders aus“, so Schweer. „Jedem ist klar, dass ländliche Räume von positiven Entwicklungen der Landwirtschaft profitieren. Aber die Lebensbedingungen der Bevölkerung dürfen nicht außen vor bleiben“.

Eine Reform des Baugesetzbuches fordert auch die SPD-Bundestagsfraktion. Dr. Martin Schwanholz, betreuender SPD-Bundestagsabgeordneter im

Landkreis Osnabrück: „Wir müssen die Planungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen stärken. Anders ist eine Akzeptanz dieser Intensivtierhaltungsanlagen nicht zu erreichen.“ Sein Fraktionskollege und agrarpolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, Dr. Wilhelm Priesmeier, untermauert ebenso die Kritik der SPD in der Samtgemeinde Neuenkirchen: „Die gegenwärtige Form der Intensivtierhaltung muss auf den Prüfstand. Wir wollen die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den Bau neuer Intensivtierhaltungen entschärfen. Wir müssen den rechtlichen Rahmen zügig anpassen, um die Weiterentwicklung landwirtschaftlicher

Betriebe zu ermöglichen“. Bereits im Sommer 2011 hat die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem Antrag „Klare Regelungen für Intensivtierhaltung“ der Regierungskoalition den Weg gewiesen. Zentrale Forderung ist Sicherung der kommunalen Planungshoheit. „Der Privilegierungstatbestand im Baugesetzbuch muss präzisiert werden“, so Priesmeier. Dazu gehöre auch die Anbindung des Baugesetzbuchs an geltende Umweltstandards. Die Verhandlungen laufen.

„Wir müssen weiter an einer Verbesserung arbeiten. Es ist gut, dass die SPD sich hierfür auf verschiedenen Ebenen einsetzt“, erklärt Schweer.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuenkirchen-Merzen-Voltlage
Vorsitzender: Daniel Schweer
Konrad-Adenauer-Str. 28
49586 Neuenkirchen

V.i.S.d.P. Daniel Schweer (Vors.)